Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 217. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 17. September 1931. | 13. Jahrgang.

Du schenkst uns die Arbeit,
Du gönnst uns die Ruh'.
Herr, gib uns zu beiden
Den Segen dazu.

Umschau.

Frankreichs Antwort. — Kriegsgeschrei aus Polen. — Gleiche Sicherheit für alle! — Diesseits und jenseits der Grenze. — Zusammenbruch der Revolution in Chile. — Heimwehrputsch in Oesterreich. —

Die französische Antwort auf die neuen paneuropäischen Hoffnungen der deutschen Reichsregierung ist nicht lange ausgeblieben. Kaum hatte Dr. Curtius seinen Verzicht auf die deutsch-österreichische Zollunion ausgesprochen und sich zu einer gesamteuropäischen Zollverständigung bekannt, da sperrte Frankreich unter Nichtachtung des deutsch-französischen Handelsvertrages die Einfuhr von Wein und Holz, was für die deutsche Forst- und Holzwirtschaft einen außerordentlich schweren Schlag bedeutet. Auch hier haben wir es wieder mit einem typischen Beispiel für die Doppelzüngigkeit der französischen Politik zu tun. Der rein theoretischen Forderung nach einem gesamteuropäischen Wirtschaftsausgleich, die übrigens von den wirtschaftlichen Sachverständigen vieler Länder, vor allem auch der Schweiz und Englands, als geradezu phantastisch bezeichnet wird, setzt man praktisch das krasseste Gegenteil entgegen, um — wie Frankreich sich zu entschuldigen versucht — „die französische Volkswirtschaft vor zunehmender Arbeitslosigkeit zu schützen". Dabei ist Arbeitslosigkeit in Frankreich so gut wie überhaupt nicht vorhanden, denn in ganz Frankreich gibt es noch keine 100 000 Erwerbslose. Immerhin sollte man den Franzosen für diesen Weg radikalster Selbsthilfe dankbar sein. Zeigen sie doch — über alle fadenscheinigen Verständigungsphrasen hinweg — der deutschen Handelspolitik den Weg, den ein Volk zu gehen hat, das dem Gespenst der Arbeitslosigkeit mit Erfolg begegnen will. Um wieviel eher müßte Deutschland, dessen Arbeitslosigkeit fünfzigmal so groß ist wie die französische, eine allgemeine Einfuhrsperre erlassen und zwar gegen sämtliche Waren, die entweder überflüssig sind (wie z. B. die teuren Parfümerien des französischen Deutschenhassers Coty) oder von der deutschen Volkswirtschaft selber hergestellt werden können.

Aber das ist ja gerade so überaus bedauerlich, daß wegen der privatwirtschaftlichen Interessen eines gewissen Industriellenkreises die deutsch-französische Verständigung in einer Weise betrieben wird, die mit der Würde und dem Gesamtwohl des deutschen Volkes kaum noch etwas zu tun hat. Wie verzweifelt es — nebenbei bemerkt — um den europäischen Verständigungsgedanken bestellt sein muß, geht mit drastischer Deutlichkeit aus den Worten des bekannten polnischen Generals Haller (er ist seiner Abstammung nach Schwabe und war während des Krieges österreichischer Offizier) hervor, der dieser Tage in Friedenshütte (Oberschlesien) sagte: „Der Augenblick ist nicht mehr weit, wo es zum Zusammenstoß zwischen Frankreich und Deutschland und Polen und Deutschland kommt. Dann wird dem Preußentum, diesem Uebel der Welt, ein Ende bereitet werden!" Nun braucht man diese kriegerischen Worte aus Friedenshütte sicherlich nicht allzu ernst zu nehmen. Denn mit hunderttausend Mann und Holzkanonen kann schließlich auch ein 60-Millionen-Volk keinen modernen Krieg führen. Wir wären vielmehr im Falle eines Falles den französisch-polnischen Angreifern vollständig wehrlos preisgegeben. Und das ist ein ebenso unerträglicher wie unhaltbarer Zustand.

Deshalb war es eine außenpolitische Selbstverständlichkeit, daß Dr. Curtius in seiner Rede vor der Genfer Vollversammlung nachdrücklich auf die ungerechte rüstungspolitische Behandlung Deutschlands hinwies und gleiche Sicherheit für alle forderte. Daß dieser Teil der Curtiusrede von den Franzosen aufs schärfste abgelehnt und als „vollkommen untragbar" bezeichnet wird, nimmt bei der Geistesverfassung der Franzosen nicht wunder. Typisch französisch ist denn auch die französische Darstellung, daß mit der Rede des deutschen Außenministers „das Schicksal der Abrüstungskonferenz auf das ernsthafteste in Frage gestellt sei, da unter diesen Umständen eine Ueberbrückung des deutsch-französischen Gegensatzes in der Abrüstungsfrage nicht möglich sei". Das ist so recht die alte Methode: „Haltet den Dieb!" — Man sieht sogar die deutsch-französische Annäherung (?) aufs äußerste gefährdet. Es zeigt sich eben immer und immer wieder, daß Frankreich eine ehrliche Verständigung mit Deutschland nicht will und alles daran setzt, um ein Wiedererstarken Deutschlands — sei es im wirtschaftlichen, sei es im politischen Sinne — im Keime zu ersticken. Daß es natürlich auch Franzosen gibt, welche die üblichen Phrasen von dem „friedliebenden" Frankreich und dem „kriegslustigen" Deutschland nicht ernst nehmen, sei nicht in Abrede gestellt. So schreibt z. B. in dem Pariser Witzblatt „Canard enchainé" ein feiner französischer Ironiker das folgende:

„Endlich habe ich Deutschland wieder verlassen — dieses kriegerische, blutdürstige, kampfeslustige, rachsüchtige, haßerfüllte, chauvinistische und militarisierte Deutschland, um mich in das pazifistische, kriegsfeindliche, von Menschenliebe und Brüderlichkeit begeisterte Frankreich zu begeben. Es ist höchste Zeit!

Mehr als 5000 Kilometer habe ich in Deutschland zurückgelegt, ohne einen einzigen Soldaten zu treffen, abgesehen von ungefähr zehn Urlaubern, die Arm in Arm mit ihrer Braut gingen. Wo halten sich die andern versteckt? — Das ist verdächtig, sehr verdächtig! . . .

Welche Erleichterung war es für mich, als ich die Grenze überschritt! Welche Erholung, sofort festzustellen, wie tief bei uns das Friedensgefühl und der Kriegshaß in allen französischen Herzen eingegraben sind. Als ich den Rhein bei Neu-Breisach überschritten hatte, begegnete ich nach einer knappen Minute einem Jägerbataillon, das friedlich auf der Landstraße marschierte und dabei „Madelon de la Victoire" sang. Ich setzte meinen Weg fort und bemerkte am Rande der Straße folgende Tafel: „Militärisches Gelände. Eintritt verboten. Achtung, es wird scharf geschossen!" In einer Vogesenschlucht unterhielt sich eine harmlose Kompagnie, die sich nicht um die Intrigen der Außenpolitik kümmerte, in aller Ruhe mit Maschinengewehrschießen. In Nancy arbeiteten Bevölkerung und Truppe zusammen in offenkundigem Friedenswillen bei unbedeutenden Luftmanövern. Bei Toul krochen mehrere Infanterieregimenter in der ländlichen Umgebung auf dem Bauch herum, zweifellos einzig und allein, um die Zeit totzuschlagen. Und in Ligny-et-Barrois hatten Tausende von Soldaten — auch wohl nur, um sich zu zerstreuen — einen Maskenzug veranstaltet, wobei sie die Vorräte von Gasmasken verwendeten, die in dieser hoffnungslos friedlichen Zeit sonst ungebraucht vermodern. Auf dem Manöverplatz von Bailly beobachtete ein Fesselballon mit heiterem Auge eine rein theoretische Artilleriebeschießung.

Und da gibt es auf der andern Rheinseite noch Leute, die sich einbilden, Frankreich bereite den Krieg vor!"

In dieser kurzen Satire ist eine Wahrheit ausgesprochen, vor der die halbe Welt zittert. Diese Wahrheit aber ist Frankreichs maßloser Rüstungsstand. So anerkennenswert es ist, daß der italienische Außenminister Grandi in Genf einen sofortigen und „wahrhaften" Stillstand der Rüstungen forderte und auf den innigen Zusammenhang zwischen Abrüstung und Tributproblem hinwies, und so erfreulich es ist, daß sich in der Abrüstungsfrage eine grundsätzliche Uebereinstimmung zwischen England, Amerika, Italien und Deutschland herauszukristallisieren beginnt, so ist hinsichtlich des praktischen Ergebnisses der bevorstehenden Abrüstungskonferenz nach wie vor doch alle Skepsis am Platze. Es ist außerordentlich bedenklich, daß Briand in seiner endlosen Genfer Rede im Gegensatz zu allen anderen Referenten das Problem der Abrüstung nicht mit einer einzigen Silbe erwähnte. Vor allem ist ja auch die internationale Stellung Englands derart erschüttert, daß von ihm aus ein wirklich ernst zu nehmender Vorstoß gegen die französische Festung kaum zu erwarten ist. Zwar spannt die englische Nationalregierung unter Führung MacDonalds alle verfügbaren Kräfte an, um wenigstens der Finanzkrise Herr zu werden. Aber die englische Machtkrise ist damit noch lange nicht zugunsten Albions entschieden. Frankreich ist eben hinter dem Blendwerk seiner pazifistischen Phrasen zu einer Macht geworden, die auch England immer mehr in das Kielwasser des Quay d'Orsay hinüberzwingt. Ob wohl die englische Staatskunst nach ihrem großen Mißgriff von 1914 noch einen Ausweg findet?

•

Inzwischen hat die Revolution in Chile ihr Ende gefunden. Nachdem die Regierung die meuternden Kriegsschiffe durch 80 Flugzeuge hat bombardieren lassen, ist sie auf der ganzen Linie Sieger geblieben. Südamerikanischen Blättermeldungen zufolge soll „das großartige Schauspiel" von einer gewaltigen Menschenmenge vom Ufer aus mit ungeheurer Spanung verfolgt worden sein. Allein die Bombardierung des Hafens von Talcahuano soll den Tod von 1000 Matrosen verursacht haben. Der Sieg der Regierung wird allgemein als endgültig angesehen. Ob mit Recht, wird die Zukunft lehren. Denn auch Chile ist stark in den Strudel der Weltwirtschaftskrise mit hineingerissen, seine mächtigen Salpeterfelder veröden infolge Absatzmangels zusehends und die Zahl der Arbeitslosen steigt in beängstigendem Maße. Da haben die kommunistischen Agitatoren natürlich ein günstiges Betätigungsfeld, und die Tatsache, daß für die Präsidentschaftswahlen neben dem bisherigen stellvertretenden Präsidenten Montero nicht nur der im Exil lebende Sozialist Arturo Alessandro, sondern auch der Kommunist Hidalgo kandidiert, spricht dafür, daß Chile in stärkster innenpolitischer Bewegung ist.

Rascher als die Revolution in Chile brach der Heimwehrputsch in Oesterreich zusammen. Die stürmische Bejahung des Staatsstreiches, mit welchem der Heimwehrführer Pfriemer beim ganzen österreichischen Volke gerechnet hatte, blieb aus. Und die völlig ungenügende geistige und materielle Vorbereitung dieses unglückseligen Handstreiches tat das ihre, um den Putsch, der im ganzen zwei Todesopfer gefordert hat, innerhalb weniger Stunden zusammenbrechen zu lassen. Die Tat Pfriemers und seiner kurzsichtigen Unterführer ist selbstverständlich in jeder Weise verwerflich; immerhin ist es unbedingt erforderlich, auf die tieferen Ursachen des bedauerlichen Zwischenfalles hinzuweisen: und diese liegen in Versailles, liegen in St. Germain und dem brutalen Würgegriff, mit dem Frankreich das ausgepowerte Oesterreich niederhält, um die Verwirklichung der französischen Donauföderation durchzusetzen. Wie man liest soll der österreichische Putsch in der internationalen Oeffentlichkeit eine starke Beunruhigung hervorgerufen haben. Diese Beunruhigung scheint uns durchaus am Platze und zwar um so mehr, als erfahrungsgemäß das deutsche Schicksal fast regelmäßig dem österreichischen auf dem Fuße folgt. Möchten die großen Staatsmänner zur Vernunft kommen, ehe Europa in ein Trümmerfeld verwandelt ist!

H.

Das rote Mal am Stillen Ozean.

Von E. von Ungern-Sternberg.

Die chilenische Kriegsflotte hat im Hafen von Coquimbo gemeutert, ist dann in Kampfausrüstung in See gegangen und hat die der Regierung treugebliebene Garnisonen beschossen. In Santiago, in Valparaiso und in anderen Städten wurde von den Kommunisten der Generalstreik ausgerufen. . . So ist denn das Rote Mal Moskaus auch an den Küsten des Stillen Ozeans erschienen.

Es war vor 26 Jahren, als der Panzerkreuzer „Potemkin" unter Leutnant Schmidt und einige andere russische Kriegsschiffe die rote Fahne hißten und ihre Kanonen auf Odessa richteten. Es war das erste Flammenzeichen einer kommenden furchtbaren roten Revolution. Der Potemkinfilm aber läuft noch unter der Begeisterung aller Bolschewikenfreunde über die Leinwand der Lichtspielhäuser.

Es hat zweieinhalb Jahrzehnte gedauert, ehe das Echo jener Tat über Gebirge und Ozeane zurückrollt. Ein neues Kapitel des Weltschicksals ist aufgeschlagen worden, ein Kapitel voll apokalyptischer Verwirrung. Seit der Kreml die Parole der Auflehnung gegen die göttlichen und menschlichen Gesetze als Losung einer neuen Heilslehre ausgab, erkrankten alle Völker. Die Politiker stellen als Diagnose des Leidens die Weltwirtschaftskrise. Die Wurzeln des Uebels aber liegen in der seelisch-chaotischen Verfassung der Menschen.

Die Faust Moskaus hat über die Anden gereicht. Der südamerikanische Dichter Hidalgo hat eine Hymne auf Lenin geschrieben, die er den Revolutionären Südamerikas widmet. Er schreibt: „Im Herzen der Arbeiter geht der Name Lenins auf, wie die Sonne. Die Schreibmaschinen (!) und Klaviere spielen Sonaten ihm zu Ehren." Lenin zu Ehren werden am Stillen Ozean Hunderte, vielleicht Tausende von Menschen hingeopfert. In Talcahuano und in Quintero werfen die Bombenflugzeuge ihre tödlichen Ladungen ab, die Kreuzer „Rivero" und „Chiggin" werden versenkt und auf das herrlich gelegene Valparaiso (Tal des Paradieses) fallen die Geschosse der Meuterer.

Die Revolutionen, die über Südamerika dahinbranden, sind vielleicht keine Revolutionen ganz nach Moskauer Muster, denn die Zahl der orthodoxen Kommunisten ist sehr gering, aber sie werden vom zersetzenden Geiste des Kreml gefördert, und ihre Begleiter sind die ständigen Knappen der Ritter Lenins: Grausamkeit, Hunger und Zerstörung.

Die kommunistische Propaganda in Südamerika ist wenig wählerisch in ihren Mitteln. Sie bedient sich verschiedener Strömungen, die an sich nichts mit dem Bolschewismus gemein haben. Sie bedient sich der nationalistischen Bewegung, die sich hauptsächlich gegen das

Ueberhandnehmen des nordamerikanischen Kapitals und Einflusses richtet. Die „Liga zur Bekämpfung des Imperialismus' Nordamerikas" ist unter bolschewistischen Einfluß geraten. Da die Weißen, die ihr Blut rein erhalten haben, einen nur verhältnismäßig geringen Hundertsatz der Bevölkerung ausmachen (in Peru nur etwa 6 Prozent), aber als aristokratische Oberschicht politisch und wirtschaftlich eine ausschlaggebende Rolle spielen, werden die Indianer und Mestizen gegen sie aufgehetzt und der Rassenhaß entfacht. Die Land- und Arbeitslosen werden von den sogenannten „Rotos", d. h. Mischlingen aus der Halbintelligenz, und von Emissaren Moskaus und Japans aufgefordert, die Geschäfte und Läden zu plündern und das Land in Besitz zu nehmen. Die Jugend an den Hochschulen aber wird nach Madrider Vorbild für sozialistische und kommunistische Lehren begeistert. Viele Professoren und Studenten in Santiago nennen sich „Verteidiger der reinen Revolution". Alles, was geeignet erscheint, die sozialen Gegensätze zu verschärfen und Unruheherde zu schaffen, wird von den Kommunisten in der Hoffnung gefördert, daß sie schließlich die Nutznießer eines Chaos sein werden.

In Chile, dessen Bevölkerung als Ganzes genommen fortgeschrittener und aufgeklärter als die anderer südamerikanischer Länder des Nordens ist — wird doch Chile das Preußen Südamerikas genannt — lagen die Verhältnisse für eine kommunistische Revolution nicht ungünstig. Vor etwa einem Monat war der Präsident-Diktator General Ibanez durch einen Linksputsch gezwungen worden, heimlich in einem Ambulanzwagen zu flüchten und in Argentinien eine Freistatt zu suchen. Sein Vorgänger auf dem Präsidentensessel, der Rechtsanwalt Arturo Allessandri, jetzt Führer der äußersten Linken, hatte die Halbindianer und ungebildeten Volksmassen durch übersteigerte Versprechen für sich gewonnen und ihre schlummernden Leidenschaften entfesselt. Er konnte sein Wort nicht halten, aber er hatte Appetite geweckt, die sich nicht mehr beruhigen ließen.

Hinzu kam die große wirtschaftliche Not. Der Reichtum Chiles ist der Salpeter; der Preissturz auf dem Salpetermarkt schuf katastrophale Zustände im Lande. Sparmaßnahmen mußten diktiert und die Steuerschraube bis zur Unerträglichkeit angezogen werden. Der Schuldendienst geriet ins Wanken, und Sachverständige nordamerikanischer und englischer Banken, die nach Santiago berufen worden waren, schrieben weitere Einschnürungen der öffentlichen Ausgaben vor. Der Beamtenapparat mußte verkürzt und sogar in der Armee und der Marine, die bisher verhätschelt worden waren, sollten Soldkürzungen bis zu 30 v. H. vorgenommen werden. Die extremen Elemente und die Radikalen mußten einsehen, daß sie durch die Vertreibung des General Ibanez eher verloren als gewonnen hatten. Und so fiel es den Agitatoren nicht schwer, die Unzufriedenen zu überreden, das Heil in einer noch mehr nach links reichenden Revolution zu suchen.

Tausende von Deutschen haben in Chile eine neue Heimat gefunden. In den Städten Valdivia, Osorno, um den herrlichen Llanquihuesee bei Puerto Montt usw. sind eine ganze Reihe der größten Güter, teilweise von der Ausdehnung von Fürstentümern, in den Händen von deutschstämmigen Chilenen und Deutschen. Schon vor einigen Jahren traten zwischen ihnen und den umwohnenden, teils im Dienste der Güter stehenden Indianern Zwistigkeiten ein, die auf den Boden, der erst durch die deutsche Kolonisation einen Wert erhalten hatte, ältere Ansprüche anmeldeten.

Nun leben die meisten Indianer und Mestizen noch in einem Dämmerzustand dahin und machen wenig Ansprüche an die Zivilisation. Sie nähren sich in den riesigen Einsamkeiten und an den zerklüfteten Abhängen der Anden von Jagd und Fischfang. Sie arbeiten, wenn sie Geld verdienen wollen, um einen bestimmten Gegenstand zu kaufen, sie kümmern sich nicht um marxistische Theorien, aber es ist nicht schwer, ihre schlummernden Instinkte zu wecken. Noch bis in das letzte Drittel des vorigen Jahrhunderts kämpften die Nachkommen der araukanischen Indianer mit den Nachfahren der spanischen Eroberer, und wenn sie auch gegen die deutschen Ansiedler nicht feindlich gesinnt sind, so werden sie doch gerne das nehmen, was ihnen die kommunistischen Aufwiegler versprochen haben. Deshalb bedrohte die chilenische Revolution auch die Früchte der deutschen Arbeit und des deutschen Kulturschaffens.

In Chile, ebenso wie in Peru und anderen südamerikanischen Ländern warten noch riesige Landstriche der Erschließung durch die Kolonisation. Die Meuterer und Arbeitslosen könnten von ihren Regierungen Land genug erhalten, um sich eine kolonisatorische Existenz zu gründen. Da Verkehrswege in jene Einsamkeit fehlen und der fruchtbare, aber spröde Boden emsiger Bearbeitung und Rodung bedarf, bietet sich ihnen sicherlich kein Schlaraffendasein. Aber sie wollen gar nicht arbeiten, sondern sie wollen sich nach bolschewistischem Vorbild die Früchte fremder Arbeit aneignen und in den Städten ein möglichst gutes Leben führen. Im Norden Chiles, bei Antofagasta, liegen die Salpeterwüsten, einst der unerschöpfliche Reichtum Chiles. Der Preissturz auf dem Salpetermarkt hat den Reichtum vernichtet, und heute ist dort die richtige Hölle, dort herrscht Elend und Verwahrlosung. Der beste Boden für die kommunistische Wühlarbeit.

Die Regierung von Chile meldet Sieg über die rote Revolution; Standgerichte sollen zahlreiche Todesurteile vollstrecken lassen, und in der Hauptstadt Santiago soll Freudentaumel herrschen. Wie lange wird der Jubel dauern? Ist einmal das rote Mal erschienen, läßt es sich nicht wieder ohne weiteres bannen. Die Wirtschaftskrise hat sich durch den Aufstand verschärft, die Arbeitslosigkeit vergrößert, und das Geld hat an Wert verloren. Das nordamerikanische Kapital wird noch mehr als bisher drücken, und neue Katastrophen sind zu befürchten. Der Funke, der in Chile zündete, kann auch nach Peru überspringen, und im alten Reich der Inkas, an den Ruinen des Sonnentempels bei Cuzco am Titicacasee und am Grabe Atahualpes wird auch das Evangelium Moskaus gepredigt. Bolivien und Ecuador stehen unter der Drohung eines Kommunistenputsches nach chilenischem Muster. Es sind ernste Krankheitserscheinungen, die das Staatsgefüge Südamerikas bedrohen und zu erschüttern beginnen.

Konferenz mit Gandhi.

Schweigegelübde im Sitzungssaal. — Die ersten Verhandlungen. — Mittagsmahl aus Datteln und Ziegenmilch.

— London, 16. September.

Die erste englisch-indische Einigungskonferenz hat jetzt mit einer zweiten ihre Fortsetzung gefunden. Genügte es bei der ersten Aussprache, wenn eine gemeinsame Grundlage gefunden werden konnte, dann wird man die zweite Konferenz nur dann erfolgreich nennen können, wenn sie auch einige praktische Ergebnisse zeitigt. Die Regierung Macdonald, die hier den Versuch unternimmt, das große Werk einer Verständigung mit Indien durchzuführen, ist nicht mehr die gleiche, die vor einigen Monaten mit den Maharadschahs eine Teileinigung zustandegebracht hat. Jetzt sitzen auch die führenden Männer der Konservativen und der Liberalen in der Regierung, doch müßte das die Aussichten für einen Erfolg eher noch verbessern, liegt doch der Ausgleich mit Indien allen Parteien Englands am Herzen. Für Großbritannien steht in Indien zuviel auf dem Spiel, als daß London nicht jeden Weg beschreiten würde, der ihm irgendwie die Sicherung seiner Machtstellung und seines in Indien investierten Kapitals verheißt. Schon heute zeigen die rauchlosen Schornsteine in den englischen Textilbezirken, wie verhängnisvolle Rückwirkungen die Zuckungen im fernen Indien im englischen Mutterland gehabt haben.

An sich sind die neuen Verhandlungen übrigens bereits einige Tage im Gange. Trotzdem ist die eigentliche Eröffnung erst jetzt erfolgt, erhält doch die neue Konferenz ihre Bedeutung dadurch, daß man jetzt auch Gandhi, den Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung an den Konferenztisch gebracht hat. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Teilnahme Gandhis eine ungeheure Menge von Schaulustigen zu dem St. James-Palast geführt hatte, die dort den äußerlich so unscheinbaren und doch so mächtigen Mann des neuen Indiens in seiner exotischen Tracht mit eigenen Augen sehen wollten. Gandhi dachte aber nicht daran, den Londonern Stoff zu einer Sensation zu liefern, und so begab er sich, wie immer nur mit einem Lendentuch und einem indischen Schal bekleidet, durch einen besonderen Eingang in den St. JamesPalast.

Zur Debatte standen in dieser ersten Sitzung und stehen auch weiterhin nur Fragen des bundesstaatlichen Aufbaues Indiens. Die eigentliche Hauptfrage bildet dabei die Zusammensetzung der beiden gemeinsamen Kammern aus Vertretern der indischen Fürstenstaaten und des eigentlichen Britisch-Indien. Vorerst stehen alle diese Fragen noch offen. Es ist auch noch nicht abzusehen, wie schließlich eine Lösung gefunden werden kann. Für England ist das Zustandekommen einer Föderation die Grundbedingung für jede Weiterarbeit, weil eben die britische Regierung Indien auch eine bescheidene Selbstregierung nur dann gewähren will, wenn in dem neuen System den Fürstenstaaten Raum für ihre Mitarbeit bleibt.

Die Reden der einzelnen Konferenzteilnehmer sind sämtlich ohne größere Bedeutung. Lord Sankey gab anspielend auf Gandhi seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß nunmehr alle Schattierungen der öffentlichen Meinung Indiens vertreten sind, der Maharadschah von Baroda bekundete die Bereitschaft der Prinzen zur Mitarbeit, die Vertreterin der Frauen, Fubbarayan, forderte Bürgerrechte für die indischen Frauen, und die übrigen Delegierten beschränkten sich mehr oder weniger darauf, die Bedeutung der Teilnahme Gandhis an den Beratungen darzulegen.

So meinte z. B. der mohammedanische Vertreter Saafat Ahmed Khan, Gandhis Anwesenheit sei ein Faktor von ungeheuerer Bedeutung für die Arbeit des Ausschusses, denn dadurch würde ein Einwand gegen den Ausschuß hinfällig, nämlich der, daß große Teile des indischen Volkes nicht vertreten seien. Er sprach seine Zustimmung zu den Grundsätzen des Bundesstaates aus, der jedoch den einzelnen Teilen vollkommene Autonomie *lassen* müsse. U. a. müßten die Provinzen vollkommene Macht über die Finanzen haben. In bezug auf die inneren Angelegenheiten der einzelnen Bundesteile müßte gegenseitig strikte Neutralität beobachtet werden.

Gandhi saß während der Verhandlungen zur Linken des Lords Sankey an der Spitze des Tisches, gegenüber der eindrucksvollen Gestalt des Pandit Malaliya, der gleich ihm in weißer Nationaltracht erschienen war. Eine Ansprache hat Gandhi in der ersten Sitzung nicht gehalten, weil der Tag der Konferenzeröffnung gerade der Tag seines Schweigens war. Um sich geistig zu konzentrieren, wie seine Anhänger sagen, verbringt nämlich

---

Pia desideria.

„Fromme Wünsche"! Nicht selten wird dieser Ausdruck ironisch gebraucht, entweder so, daß man sagen will, es werde etwas nicht in Erfüllung gehen, sondern eben ein „frommer Wunsch" bleiben; oder im Sinne des Gegenteils von „fromm", wenn man nämlich jemandem etwas Schlimmes anwünscht und dann hierüber gesagt wird: das ist ein „frommer Wunsch". Hier meinen wir keines von beiden, sondern es ist uns ernst, recht ernst mit unseren pia desideria, und wir verdeutschen diese Worte darum besser mit „ernste Anliegen". Sie mögen in Form von Fragen und kurzer Erläuterung zum Ausdruck kommen.

1. Wann werden die Forderungen der Gerechtigkeit, die man angesichts der Notverordnung vom 4. Juni stellen muß, verwirklicht werden? Man liest zwar, daß im Kabinett eine Abänderung derselben beraten werde, man liest jetzt auch, daß eine Novelle bezüglich Herabsetzung der übergroßen Pensionen in Vorbereitung sei. Aber es ist dringend zu wünschen, daß diese Dinge nicht zu lange im Stadium der Vorbereitung stecken bleiben. Eigentlich wäre zu erwarten gewesen, daß die „Großpensionäre" nicht auf ein Gesetz gewartet, sondern freiwillig Verzicht angeboten hätten!

2. Wann wird die in der Notverordnung vom 4. Juni in Aussicht gestellte Einrichtung freiwilligen Arbeitsdienstes in Angriff genommen? Es ist höchste Zeit! Schon nimmt die Arbeitslosigkeit wieder bedenklich zu! Es geht um äußerst Wichtiges, es geht um den wertvollsten Besitz unseres Volkes, um unsere Jugend, die man durch Schaffung von Gelegenheit zu freiwilliger nutzbringender Arbeit über die große Not — und das schlimmste daran ist nicht die Erwerbslosigkeit, sondern die Arbeitslosigkeit — wenigstens zum Teil hinüberheben könnte. Muß nicht tiefes Mitleid sich in uns regen mit diesen jungen Leuten, die zum Brachliegen ihrer Kräfte in lähmendem Müßiggang verurteilt sind und in weit überwiegender Mehrzahl so gerne arbeiten würden? Müssen nicht die zur Fürsorge für unser Volk Berufenen Tag und Nacht darauf sinnen, wie dem Uebel abzuhelfen sei? War Deutschland voran in der sozialen Gesetzgebung, so muß es jetzt heißen: Deutschland voran in der Einrichtung freiwilligen und allgemeinen Arbeitsdienstes in nutzbringender Tätigkeit! Hat auch Bulgarien jetzt schon diesen Weg beschritten, so muß umsomehr Deutschland mit in vorderster Reihe stehen! „Des Himmels reichen Segen über den, der hilft, diese offene Wunde am Körper der Menschheit heilen!" so rief einst Livingstone aus im Hinblick auf den damals blühenden schmachvollen afrikanischen Sklavenhandel. Wir wenden das Wort an auf die Arbeitslosigkeit, die auch eine offene Wunde ist am Körper der Menschheit und vor allem am wundenbedeckten Körper unseres armen Volkes.

3. Wann wird man aufhören, die Tributzahlungen der Hebung dringender Notstände im eigenen Volk vorangehen zu lassen? „Erst Brot, dann Reparationen" hieß es 1923, und dieses Wort gilt jetzt so gut wie damals, da dasselbe zuerst gesprochen wurde. Viel Ernteertrag ist durch die ungünstige Witterung verdorben und die Kartoffeln drohen im Boden zu verfaulen, das bedingt erhöhte Einfuhr im Jahre 1931/32. Hierzu sind Mittel nötig. Seit Jahren fehlt es an Wohnungen. Tausende unserer Volksgenossen wohnen in elenden Löchern, in jämmerlichen Räumen, die den Namen Wohnung nicht verdienen. Dabei gibt es Arbeitskräfte, Arme, Hände genug, die arbeitslos feiern müssen und nach Arbeit sich sehnen und Arbeit bekämen, wenn gebaut würde; auch an Materialien fehlt es nicht und sie sind zum Teil, wie besonders Holz, billiger zu haben als früher; nur an Geld fehlt es, und da hat man in sturer Erfüllungspolitik Tribute um Tribute bezahlt und der Not im eigenen Lande vergessen. Und auch im jetzigen Hooverfeierjahr wandern 600 Millionen nach Frankreich, die zwar der Reichsbahn-Gesellschaft zufallen, aber damit der Allgemeinheit, dem deutschen Volkskörper doch entzogen sind! Wäre es nicht an der Zeit, daß die Reichsregierung erklären würde: wir können sie nicht mehr zahlen, wir können einfach nicht! Die Notstände im eigenen Land sind zu groß und erheischen dringend der Abhilfe! — Eine Erklärung, die längst hätte gegeben werden sollen! Das wäre eine Tat! Ein Schritt, den jeder gerecht Denkende im In- und Ausland billigen könnte!

4. Wann endlich wird die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse in unser Land gesetzlich beschränkt werden, die uns Millionen kostet für Objekte, die mit Gold oder Devisen bezahlt werden müssen, welche wir so notwendig selber brauchen könnten? Mag auch kürzlich in Rom ein Abkommen mit Italien getroffen worden sein, wonach Deutschland dorthin Kohlen ausführt gegen Einfuhr von Südfrüchten aus Italien, mögen wir so Gelegenheit erhalten, etwas von unserem Ueberfluß an Kohlen abstoßen und dafür eine willkommene gesunde Ergänzung unserer einheimischen Nahrung einführen zu können. Aber was soll man sagen zu den Unmengen von Käse und Butter, Tabak und Alkoholika, starken Weinen, Likören und Schnäpsen und dazu noch Holz für 4 bis 5 Milliarden Mark, womit uns eine gewinnsüchtige Einfuhrtätigkeit beglückt! Wieviel Geld, das ins Ausland wandert, könnte im Lande bleiben, wenn diese sinnlose Einfuhr beschränkt würde!

5. Wann wird man in Regierungskreisen sich ernstlich mit der Währungsfrage beschäftigen und aufhören, die Goldwährung und damit die Abhängigkeit unserer Währung von der internationalen Finanzmacht als unverrückbare Grundlage unsere Geldwesens zu betrachten? Größere langfristige Kredite sind in absehbarer Zeit nicht zu erhoffen und damit ist das Ende der seit Jahren beliebten und hemmungslos betriebenen „Pumpwirtschaft" gegeben. Wir müssen uns selbst helfen, und die Konsequenz ist unerbittlich, daß wir uns geldlich unabhängig vom Ausland machen müssen. Diese Schlußfolgerung ist stringent, es läßt sich nichts dagegen einwenden. Also muß sie auch praktische Folgen haben. Aber wie? Es schien ein verheißungsvoller Anfang eines neuen Weges, als im Höhepunkt der Finanzkrise dieses Sommers von der Absicht der Regierung die Rede war, eine neue Auflage von Rentenmarkscheinen auszugeben. Aber der Reichskanzler hat diesen Plan neuerdings entschieden verworfen. Und doch hätte eine vorsichtige Vermehrung derselben gewiß keine Inflation bewirkt, wäre aber ein Schritt zur Emanzipation unserer Währung von der internationalen Finanzmacht und zur Schaffung einer eigenen Währung gewesen; ein erster Schritt, der zur Hoffnung berechtigte, es werden weitere Schritte folgen. Es gibt verschiedene Theorien über Binnenwährung und dergleichen; es darf hier auf die mannigfachen im „Aufwärts" enthaltenen Vorschläge hierüber verwiesen werden. Es ist doch die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß in dieser Richtung der Ausweg aus unseren

Gandhi einen Tag jeder Woche in völligem Schweigen, ohne auch nur ein Wort zu äußern. Und dieses Gelübde hat er auch mitten in der englisch-indischen Konferenz gehalten. Damit nun sein Schweigen auf die Begrüßungsreden nicht unhöflich schien, fand Gandhi sich zu der Sitzung erst ein, als Lord Sankey seine Ansprache bereits gehalten hatte. Als dann die Sitzung zu Ende ging, trat ein Sekretär auf Gandhi zu, gab ihm schweigend ein Zeichen, worauf sich Gandhi ebenso lautlos, wie er gekommen war, aus der Konferenz wieder entfernte.

Nach der Sitzung begab sich Gandhi in einen kleineren Raum des Palastes, um dort sein frugales Mittagsmahl, bestehend aus Ziegenmilch und Datteln, einzunehmen. Im weiteren Verlauf des Tages nahm er auch nicht an dem Empfang teil, den der Staatssekretär für Indien, Sir Samuel Hoare, am Nachmittag den Delegierten der Rundtischkonferenz gab, sondern begab sich nun direkt nach seinem Wohnsitz im Armenviertel Londons.

Nachdem Gandhi so sein Gelübde des Schweigens auch mitten in der englisch-indischen Konferenz erfüllt hatte, holte er am zweiten Tage seine Darlegungen nach. Die Rede Gandhis — die sitzend gehalten wurde — war kurz und brachte zum Ausdruck, daß der Mahatma als Vertreter der indischen Massen solange an der Konferenz teilnehmen und positive Mitarbeit leisten will, als er sich davon Nutzen verspricht. Als repräsentative Vertretung Indiens bezeichnete Gandhi in seiner Rede den Allindischen Kongreß.

Eine Milliarde Rußlandaufträge

Die Grenze der Ausfallbürgschaft erreicht. — Deutsch-russische Aussprache in Berlin.

Am Donnerstag tritt das deutsch-russische Schiedsgericht in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Bei diesen Besprechungen handelt es sich um eine alljährlich stattfindende Zusammenkunft deutscher und russischer Vertreter, die einer Vereinigung der sich im Laufe des Jahres ergebenden Differenzen bei der Durchführung der deutsch-russischen Verträge dienen soll. Diesmal sollen insbesondere die Frage des Niederlassungsabkommens und des Wirtschaftsabkommens erörtert werden.

In Zusammenhang mit diesen Verhandlungen erfahren wir von unterrichteter Seite, daß die deutschen Geschäftsabschlüsse in Rußland bis jetzt eine Milliarde erreicht, wenn nicht gar überschritten haben. Dadurch ist auch die Grenze der vom Reich und von den Ländern zu übernehmenden Ausfallbürgschaft in Höhe von 700 Millionen erreicht. An zuständiger Stelle wird jedoch betont, daß es nicht die Absicht der deutschen Regierung sei, diese Grenze zu übersteigen.

England bricht Manöver ab.

Unzufriedenheit mit der Soldkürzung bei der Flotte.

Nach Meldung des Kommandanten der Atlantikflotte hat die Bekanntgabe der Soldherabsetzungen für die Marine bei einem Teil der Besatzungen Erregung ausgelöst. Infolgedessen hat man es für wünschenswert gehalten, die Durchführung des Manöverprogramms einzustellen und die Schiffe wieder in die Häfen zurückzuschicken. In der Zwischenzeit sollen die Beschwerden über die durch die neue Soldregelung hervorgerufenen Härten geprüft und der Admiralität zu weiterer Beschlußfassung zugeleitet werden.

Kinderhaarpflege. Das Kinderhaar muß besonders sorgfältig gepflegt werden. Nehmen Sie hierzu ein mildes Shampoo, wie es „Schwarzkopf-Extra" ist. Außerdem liegt diesem „Haarglanz" bei, jenes ideale Mittel, das Haar elastisch, straff und gesund zu erhalten. Was aber die Kinder besonders begeistert, ist die neue „Schaumbrille", die als Hülle von „Schwarzkopf-Extra" dient. Sie verhütet, daß den Kleinen Schaum oder Wasser in die Augen kommt und macht ihnen die Haarwäsche zum Freudenfest!

Fünfjähriges Schulden-Moratorium?

Gerüchte über neue Pläne Hoovers. — Vorerst ist ein Eingreifen nicht zu erwarten.

Der Korrespondent der „Times" gab seinem Blatte nach London folgende Information weiter:

Vieles deutet darauf hin, daß in den nächsten Wochen, vielleicht schon in den nächsten Tagen, eine wichtige Entwicklung in der amerikanischen Politik eintreten wird, die in einer Ausdehnung der Periode des Hooverplanes bestehen würde. Führende Bankiers der Vereinigten Staaten dringen darauf, daß ein vier- oder fünfjähriges Moratorium für alle Kriegsschulden erklärt wird. Sie sind einstimmig der Meinung, daß die Ungewißheit der jetzigen Lage unberechenbaren Schaden anrichtet und daß die Beseitigung dieser Unsicherheit unbedingt notwendig ist. Sie beharren darauf, daß entsprechende Schritte getan werden, bevor der Kongreß zusammentritt.

Unzweifelhaft gibt es in der amerikanischen Regierung Männer, die mit ihnen einverstanden sind,

aber es steht noch keineswegs fest, daß Präsident Hoover überzeugt worden ist.

Alles, was über seinen Standpunkt bekannt ist, zeigt, daß er nicht geneigt ist, einen Schritt der angegebenen Art zu tun, bevor der Kongreß seine Ansicht über das ursprüngliche Moratorium geäußert hat. Indessen nimmt der Druck, der auf ihn ausgeübt wird, zu und die finanziellen Argumente werden noch durch das politische Argument verstärkt, daß ein vier- oder fünfjähriges Moratorium den Hintergrund für eine Art deutsch-französische Annäherung bilden könnte, die ernstlich gewünscht wird.

Der Korrespondent schließt, Präsident Hoover würde es vorziehen, noch für vielleicht 6 Monate zu warten, aber jedenfalls dürfte bald bekanntwerden, ob er glaube, daß eine solche Verzögerung möglich sei.

Der Beirat der Bundesreservebanken gab ein Essen, an dem Präsident Hoover und führende amerikanische Bankiers teilnahmen. Die Blätter weisen darauf hin, daß bei dieser Gelegenheit zweifellos dringliche Probleme, wie z. B. die Arbeitslosigkeit und die Frage der Baumwoll- und Weizenvorräte des Farm Board erörtert worden seien.

*

Weitere Hooverfeierjahre.

— **Washington,** 15. September. Präsident Hoover verhandelte am Montag abend, wie die „Washington Evening Post" meldet, mit den Mitgliedern des beratenden Ausschusses des Bundesreserveamtes über die Frage der Verlängerung des Hoover-Jahres. Der Ausschuß empfahl dem Präsidenten, die sofortige Verlängerung des einjährigen Zahlungsaufschubs auf drei bis fünf Jahre. Schatzsekretär Mellon schlug dem genannten Blatt zufolge, drei Jahre vor. Weiterhin wurde gefordert, daß die eingefrorenen deutschen Kredite bei den Bundesreservebanken diskontfähig gemacht werden sollen.

In Washington wird dieser Konferenz, die nach dem Abendessen im Weißen Haus stattfand und die sich bis weit über Mitternacht ausdehnte, größte Bedeutung beigemessen. Dem beratenden Ausschuß des Bundesreserveamtes gehören sämtliche Mitglieder der Bundesreservebezirke im ganzen Lande an.

Die Londoner „Evening News" zur Frage des Schuldenmoratoriums.

— **London,** 15. September. Zu den Berichten aus Washington, wonach dort die Stimmung für ein vier- bis fünfjähriges Schuldenmoratorium an Boden gewinne, schreibt „Evening News", daß die Reaktion in England sicherlich sehr günstig sein würde. Man dürfe aber die **Schwierigkeiten, die Frankreich machen werde,** nicht vergessen und müsse sich auch davor hüten, die Bereitwilligkeit der westlichen und mittelwestlichen Staaten Amerikas zu einem derartigen Entgegenkommen gegenüber Europa zu überschätzen. Immerhin nähere man sich dem Zeitpunkt, wo Amerika bereit sein würde, die Schuldenfrage nur vom geschäftsmäßigen Standpunkt aus zu betrachten.

*

Noch keine neue Initiative Hoovers?

— **Washington,** 16. September. Obgleich das Weiße Haus und das Bundesreserveamt die Meldung der „Evening Post" über die Verlängerung des Hoover-Feierjahres in Abrede stellten, wird der Meldung sowohl in Neuyorker Finanzkreisen als auch in politischen Kreisen in Washington größte Bedeutung beigemessen.

Notkonferenz mit den Ländern.

Unter Hinzuziehung der Ministerpräsidenten. — Ihr Zweck: Angleichung der Sparmaßnahmen.

— Berlin, 16. September.

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsfinanzminister Dietrich hatten in der Reichskanzlei eine Besprechung mit Vertretern der Länderregierungen. An der Sitzung nahmen teil: der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, der sächsische Ministerpräsident Schieck, der württembergische Ministerpräsident Bolz, der hessische Ministerpräsident Adelung und für Baden Innenminister Meier und Finanzminister Matthes.

Aus der Tatsache, daß nicht, wie gestern angenommen wurde, die Finanzminister, sondern die Ministerpräsidenten selbst zu dieser Besprechung nach Berlin gekommen sind, ergibt sich schon, daß es sich um eine möglichst enge Angleichung der Maßnahmen der Länder an die des Reiches und nicht nur um finanzielle Probleme gehandelt hat, obgleich sie natürlich in allen Erörterungen gegenwärtig die Hauptrolle spielen.

Anknüpfend an die von der preußischen Staatsregierung im Wege der Notverordnung angeordnete Verkleinerung des Landtags erörtert man in parlamentarischen Kreisen jetzt auch die Möglichkeit einer

Verkleinerung des Reichstags.

Gerüchten zufolge soll der bisherige Wahlquotient von 60 000 auf 70 000 heraufgesetzt werden.

Ferner verlautet von einer geplanten Verkleinerung des Preußischen Staatsrates von 80 auf 52 Mitglieder.

Kritik am Europa-Ausschuß.

Japan eröffnet den Angriff. — Curtius für Beschränkung der Arbeiten.

— Genf, 16. September.

Im politischen Ausschuß der Völkerbundsversammlung entspann sich eine längere Debatte über das Schicksal des Europa-Ausschusses. Die Völkerbundsversammlung hat jetzt nämlich darüber zu beschließen, ob das Mandat dieses im Vorjahr eingesetzten Ausschusses verlängert werden soll. Das auch bei anderer Gelegenheit neuerdings beobachtete Mißvergnügen der außereuropäischen Staaten über die Arbeiten dieses Ausschusses kam zum Ausdruck in einer formulierten Erklärung, die der japanische Regierungsvertreter vortrug und in der erhebliche Kritik daran geübt wurde, daß von diesem Ausschuß Fragen, die eigentlichen universellen Charakter hätten, unter Ausschluß der außereuropäischen Staaten behandelt würden. Der norwegische Delegierte Lange kritisierte gleichfalls den Ausschuß. Er beklagte sich darüber, daß seit der Gründung des Europäischen Komitees im Völkerbund sehr viel unnütze Doppelarbeit geleistet werde.

Der deutsche Außenminister Dr. Curtius wandte sich gegen die Versuche, an die grundsätzliche Frage der politischen Organisation der Europäischen Union schon jetzt heranzugehen und bezeichnete den diesbezüglichen Antrag, den Estland in der Bundesversammlung eingereicht hat, als verfrüht. Es sei jetzt nicht die Zeit, diese politische Frage zu behandeln. Die Wirtschaftsnot erfordere allergrößte Anstrengungen der europäischen Staaten, infolgedessen müßte sich die Arbeit des Europa-Komitees auf Wirtschaftsfragen beschränken.

Bei aller Kritik am Europa-Ausschuß dürfe man jedoch nicht so weit gehen, jetzt schon eventuell den Europa-Ausschuß liquidieren zu wollen. Bei den gemeinsamen Anstrengungen zur Ueberwindung der europäischen Wirtschaftsnot könne man vorläufig auf den Europa-Ausschuß noch nicht verzichten. Er sei deshalb der Meinung, daß die Arbeiten fortgesetzt werden sollten. Mit Nachdruck vertrat sodann der deutsche Außenminister die Forderung, daß die Arbeit des Europa-Ausschusses aufs strengste rationalisiert werde. Die Zahl der Komitees und Unterausschüsse müßte sich auf das notwendigste Maß beschränken.

Nach Curtius sprachen noch verschiedene Redner, u. a. Briand, der erklärte, über die grundsätzlichen Fragen solle jetzt nicht verhandelt werden. Die Völkerbundsversammlung habe im vorigen Jahr dem Europa-Ausschuß einen Auftrag erteilt. Er sei der Meinung, daß das Mandat des Europa-Ausschusses von der Versammlung verlängert werde, und werde in diesem Sinne eine Entschließung vorlegen.

* **In Genf starb im 66. Lebensjahre der Vizepräsident des Schweizer Roten Kreuzes, Maurice Dunant.**

Belagerungszustand in Chile aufgehoben.

Die Strafanträge gegen die Meuterer.

— **Santiago de Chile,** 16. September. Der Belagerungszustand in Chile ist aufgehoben worden. In dem Prozeß gegen die Meuterer forderte der Staatsanwalt gegen 9 Mitglieder der Besatzung des Flaggschiffes die Todesstrafe. Gegen 5 andere Angeklagte, unter denen sich angeblich ein deutscher Funker namens Steenbecker befinden soll, wurden Zuchthausstrafen von 20 Jahren beantragt.

Graczynski und die Aufständischen.

Eine neue Provokation durch den ostoberschlesischen Wojewoden.

Der Wojewode von Ostoberschlesien, Graczynski, hat dieser Tage bei einer Aufständischen-Feier, polnischen Zeitungsberichten zufolge, erneut seine engen Beziehungen zu dem Aufständischenverband betont und sich ausdrücklich als Vertreter der Regierung bei der betreffenden Feier eingeführt. In deutschen politischen Kreisen verweist man im Hinblick auf diese Aeußerungen des Wojewoden auf den Beschluß des Völkerbundsrates vom Januar, der ausdrücklich die Haltung des polnischen Aufständischenverbandes mißbilligt und die Lösung der Beziehungen der polnischen Behörden zu diesem Verbande verlangt. Wenn Graczynski jetzt erneut seine engen Beziehungen zu den Aufständischen betont und ihnen sogar ein Treuegelöbnis ablegt, so steht diese Erklärung in schärfstem Widerspruch zu den Forderungen des Völkerbundsrates, so daß Genf an dieser neuesten Leistung des Wojewoden nicht vorübergehen kann.

Kaas zur politischen Lage.

In der Neuaufrollung der Reparationsfrage müssen weitere Schritte folgen.

Anläßlich einer Tagung der rheinischen Zentrumsorganisationen beschäftigte sich der Vorsitzende der Gesamtpartei, Prälat Dr. Kaas, in längeren Ausführungen mit der politischen Lage. Wohl nie, so führte Dr. Kaas aus, habe es wohl eine Zeit gegeben, in der der Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik so offen zutage getreten sei, als jetzt. Heute stehe die Welt vor den Konsequenzen der Kriegskatastrophe. Neben der Politik beunruhige die Anarchie der Weltwirtschaft. Die Zeit der freien, vom Staat völlig ungebundenen Wirtschaft sei vorüber.

Finanznöten und unserer Abhängigkeit vom Ausland und damit zu unserer Rettung liegt, und es wäre sicherlich nicht abwegig, wollte man regierungsseits diese Bestrebungen ernster nehmen und sich mit diesen Dingen angelegentlich beschäftigen, anstatt sie mit einer leichten Handbewegung abzutun!

6. Wann wird endlich die heißersehnte, so dringend notwendige Einigkeit in unserem Volke einkehren? Man redet so gerne von unserer Notgemeinschaft. In solcher stehen wir zufolge unserer gemeinsamen Not. Aber wird diese Not wirklich gemeinsam empfunden und hat sie uns zu einer Volksgemeinschaft zusammenschweißt? Leider sind wir noch sehr weit davon entfernt, und es ist zu fürchten, daß die Not, je größer sie wird, uns nicht eint, sondern in unserem Volk als Sprengstoff wirkt! Darum fort mit dem Parteigeist (nicht mit den Parteien an sich, solche hat es ja von jeher gegeben und wird es immer geben, das kann nicht anders sein). Parteigeist ist es, nicht das Wohl des Volks und Vaterlands über alles zu stellen, um demselben zu dienen, sondern nur die Sache der eigenen Partei zu fördern, um sie zur Herrschaft zu bringen oder bei der Herrschaft zu erhalten. Parteigeist ist es aber auch schon, das Interesse der eigenen Partei mit demjenigen des Ganzen zu verwechseln in der Meinung, die eigene Partei vertrete die Sache des Volksganzen in der einzig richtigen Weise. Und Parteigeist ist es weiter, bei anderen unbesehen Parteigeist vorauszusetzen, sich selbst aber davon auszunehmen, als wäre man die einzige Partei oder Gruppe, die wirklich selbstlos dem ganzen dient.

Das Richtige ist doch, wenn jede Partei oder Gruppe sich klar der Gefahr bewußt ist, irgendwie dem Parteigeist zu verfallen, und dieser Versuchung nach Kräften widersteht und bei den anderen das herauszufinden und anzuerkennen ehrlich bestrebt ist, wodurch sie für das Ganze von Wert sind. Das wäre Grundlage wahrer und starker Einigkeit, in der jedes Glied seine Stelle ausfüllt und alle sich gegenseitig ergänzen.

Pia desideria — nicht nur gutgemeinte Wünsche sind's, sondern ernste Anliegen im Gedanken an unser Volk; mögen sie nicht „fromme Wünsche" bleiben, sondern zur Tat werden, ja, zu heilbringenden, rettenden Taten!

T. G.

Zur Juninotverordnung führte der Redner aus, der Reichskanzler werde sein Werk nur erfolgreich durchsetzen können, wenn es ihm gelinge, das wirtschaftlich Notwendige mit dem sozial unbedingt Erforderlichen zu vereinigen. Ein sozialpolitisches Gesetzgebungswerk sei auf die Dauer jedoch nur möglich auf Grund einer eigenen, keineswegs aber erborgten Kapitalkraft. Dem ersten Schritt in der Neuaufrollung der Reparationsfrage, der Hooveraktion, müßten weitere Schritte folgen. Dazu müsse Deutschland den kommenden Winter so überstehen, daß es dem Auslande Vertrauen einflöße.

Die Aufsicht über die Banken.

Die Aufgaben des Kuratoriums.

— Berlin, 16. Septbr.

Die Beratungen des Reichskabinetts über die kommende große Notverordnung werden heute fortgesetzt werden.

Die bisherigen Beratungen haben ergeben, daß ein Kuratorium gebildet werden soll, an dessen Spitze der Bankkommissar stehen wird. Das Kuratorium wird außer dem Kommissar aus den beiden Staatssekretären des Reichswirtschafts- und des Reichsfinanzministeriums, dem Reichsbankpräsidenten und einem weiteren Vertreter der Reichsbank bestehen. Es wird zum Reichswirtschaftsministerium ressortieren.

Diese Lösung des Problems des Bankenaufsichtsamtes liegt vor allem in der Richtung einer Einsicht in die Devisen- und Kreditpolitik der Banken.

322 Millionen Mark Ausfuhrüberschuß.

Neuer Rückgang der Einfuhr und des Rohstoffbezugs.

Angesichts des Darniederlegens der deutschen Wirtschaft ist die Einfuhr im August weiter rückgängig gewesen, so daß der Ausfuhrüberschuß abermals eine beträchtliche Erhöhung erfahren hat. Gegenüber dem Vormonat wurden im August mit 454 Millionen Mark für 84 Millionen Mark weniger Waren eingeführt. Prozentual beträgt der Rückgang 15,6 v. H. Die Rohstoffeinfuhr ist dabei mit 40 Millionen Mark oder 14 v. H. beteiligt.

Die Ausfuhr betrug im August 776 Millionen Mark gegenüber 792 im Juli Dazu kommen Reparationslieferungen im Werte von 26 Millionen Mark gegenüber 35 im Vormonat. Im allgemeinen ist vom Juli zum August ein Rückgang der Ausfuhr in Deutschland nicht üblich, doch ist diesmal zu bedenken, daß die deutsche Ausfuhr vom Juni zum Juli erheblich und weit über das saisonübliche Ausmaß hinaus angestiegen ist. **Der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr beträgt im August somit 322 und unter Einrechnung der Sachlieferungen auf Reparationskonto 348 Millionen Mark. Im Juli betrug der Ausfuhrüberschuß 254 Millionen Mark.**

Verbilligte Wechselkredite.

Zur Finanzierung der Getreideernte.

Die reichsseitig gewährte Zinsverbilligung für die zur Finanzierung der Getreideernte in Anspruch genommenen Wechselkredite, die zunächst für Geschäfte zugesagt waren, die in der Zeit bis zum 20. September 1931 abgeschlossen und erfüllt werden, ist nunmehr auf Geschäfte ausgedehnt worden, die bis zum 20. Oktober 1931 abgeschlossen und erfüllt werden.

Die Zinsrückvergütung beträgt zur Zeit 4 Prozent p. a. der Wechselsumme; wird der derzeitige Reichsbankdiskontsatz von 8 Prozent herabgesetzt,so erfährt der Rückvergütungssatz die gleiche Ermäßigung. Die Anträge sind jeweils binnen einer Woche nach Erfüllung und Diskontierung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt, Berlin W 8, einzureichen, die entsprechende Vordrucke zur Verfügung hält.

Eine gleiche Zinsrückvergütung wird den Hafer verarbeitenden Fabrikbetrieben gewährt, die Hafer inländischer Herkunft diesjähriger Ernte aufnehmen.

Es ist ferner Vorkehrung getroffen, daß in gleicher Weise Vorschüsse verbilligt werden auf abgeschlossene Lieferungsverträge über Roggen-, Weizen- und Gerstelieferungen.

Eine Zinsverbilligung wird ferner gewährt für Kredite, die gegen die von der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft ausgestellten Getreidelagerscheine gewährt werden. Die Zinsrückvergütung beträgt hier 5 Prozent des Kreditbetrages.

— Reichspräsident von Hindenburg empfing den französischen Botschafter de Margerie und nahm dessen Abberufungsschreiben entgegen.

Die neuen englischen Steuergesetze im Unterhaus angenommen.

— **London,** 16. September. Die Steuergesetze des neuen englischen Haushalts wurden vom Unterhaus ohne Abstimmung angenommen und die Aussprache vertagt.

Ozeanflieger verschollen.

1760 Kilometer von der amerikanischen Küste zum letztenmal gesichtet.

Von den deutschen Ozeanfliegern Johannsen und Rody, die etwas sehr wagemutig von Portugal nach den Vereinigten Staaten gestartet waren, hat man seit ihrer Sichtung durch den Dampfer „Pennland" nichts mehr gehört. Die Route, die die Piloten danach noch zurückzulegen hatten, mißt etwa 1760 Kilometer, führte allerdings durch heftige Gewitterstürme. Der Brennstoffvorrat der Flieger muß längst erschöpft sein. Es gibt daher nur noch zwei Möglichkeiten: entweder sind die Piloten irgendwo in einem unbebauten Landstrich gelandet, oder aber sie sind in den Ozean gestürzt. Der Flugplatz Roosevelt Field bei Neuyork, auf dem sich in Erwartung der deutschen Flieger eine große Menschenmenge eingefunden hatte, ließ die ganze Nacht über seine großen Scheinwerfer kreisen, um den Fliegern gegebenenfalls ein Signal zu geben.

Die bei allen in Frage kommenden Landeplätzen Neu-Schottlands und Neufundlands angestellten Nachforschungen sind ohne jeglichen Erfolg geblieben. Die Sichtverhältnisse sind auch weiterhin überaus ungünstig, da über der Küste von Neuschottland eine sehr hohe und dichte Wolkenschicht lagert.

Das Attentat von Bia Torbagy

Umfangreiche Fahndungsmaßnahmen. — Bericht an den Reichsverweser. — 35 000 Mark Belohnung.

— Budapest, 16. September.

Reichsverweser Horthy, der auf die Nachricht von dem Eisenbahnattentat bei Bia Torbagy Schloß Gedöllö verlassen hat, um nach der Hauptstadt zurückzukehren. hat kurze Zeit nach seiner Ankunft den Ministerpräsidenten Karolyi empfangen, um dessen Bericht in der Angelegenheit des Eisenbahnunglücks entgegenzunehmen. Nach dem Ministerpräsident erstatteten der Innenminister und der Honvedminister ihre Berichte über die getroffenen Maßnahmen.

Der Ministerpräsident erklärte vor Pressevertretern, daß die Regierung die nötigen Schritte zur Wahrung der Ruhe und Ordnung im ganzen Lande getan habe. Es werde alles getan, um die Urheber des Attentats den Gerichten zuzuführen.

Für die Ergreifung der Verbrecher ist eine Belohnung von 50 000 Pengö (d. s. etwa 35 000 Mark) ausgesetzt worden. Gerüchte, wonach am Ort der Katastrophe Plünderungen vorgekommen seien, sind völlig unzutreffend. Zahlreiche Gepäck- und Kleidungsstücke sowie Wertsachen waren beim Absturz der Waggons mit in die Tiefe gestürzt, sind aber bei den Aufräumungsarbeiten wiedergefunden worden.

Das Begräbnis der bei dem Eisenbahnattentat von Bia Torbagy ums Leben gekommenen Personen findet unter allgemeiner Nationaltrauer Donnerstag nachmittag 3 Uhr von der Ofener Generalwiese aus statt. An der Trauerkundgebung nehmen außer den Vertretern der Behörden zahlreiche Delegationen aus ganz Ungarn sowie viele Vereinigungen teil.

Eine Spur von den Attentätern?

Nach einer soeben eingehenden Meldung stimmt die Handschrift des an der Unglücksstelle gefundenen Briefes der Attentäter mit der eines der Polizei bekannten kommunistischen Agitatoren überein. Der Name dieser Person, die sich vor einigen Monaten einer Verhaftung durch die Flucht in das Ausland entzogen haben soll, wird geheimgehalten. Es soll aber ermittelt sein, daß die betreffende Person mit Hilfe eines gefälschten Passes des öfteren nach Ungarn gekommen ist. Man vermutet, daß die Attentäter sofort nach dem Verbrechen auf tschechoslowakisches Gebiet flüchteten

Englische Wahlen am 15. Oktober?

* Der „Daily Herald" bringt in sensationeller Aufmachung die Nachricht, die konservative Partei werde unter Führung des Ministers Neville Chamberlain auf Auflösung des Parlaments in der nächsten Woche und auf Ansetzung von Neuwahlen für den 15. Oktober drängen. Eine Bestätigung für diese Meldung war nach einer Mitteilung der Reuter-Nachrichtenagentur bisher nicht zu erlangen.

Der Bestand christlicher Kultur in Gefahr!

Der deutsche Kirchenbundespräsident an den „Oekumenischen Rat".

Der Executive des „Oekumenischen Rates für praktisches Christentum" (Fortsetzungsausschuß der Stockholmer Weltkirchenkonferenz) lag bei ihrer jüngsten Tagung ein Bericht des Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses D. Dr. Kapler über den Stand der ökumenischen Bewegung in Deutschland vor. In diesem Bericht werden zum Versailler Vertrag, insbesondere zur Kriegsschuldlüge bemerkenswerte Ausführungen gemacht. Dr. Kapler weist auf die schwierige Lage hin, die durch die Vergewaltigung Deutschlands auch für die ökumenische Arbeit geschaffen sei. „Im Mittelpunkt der kritischen Erörterung steht überwiegend der Hinweis auf das unerträgliche, bis heute noch offiziell aufrecht erhaltene Unrecht, das dem deutschen Volke in der Kriegsschuldfrage angetan ist, indem Deutschland durch einseitigen Machtspruch der Sieger des Weltkrieges in amtlicher Form für schuldig erklärt wurde, den Weltkrieg von langer Hand vorsätzlich vorbereitet, im geeignet erscheinenden Augenblick verbrecherisch entfesselt und ihn verbrecherisch geführt zu haben." Mit um so größerer Genugtuung habe der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß die feierliche Kundgebung des Amerikanischen Kirchenbundes begrüßt, der als erste außerdeutsche kirchliche Körperschaft den „christlichen Brüdern" in Deutschland versicherte, daß er „der Theorie von Deutschlands ausschließlicher Verantwortung für den Krieg nicht zustimmt."

Der Bericht weist dann, unter Bezugnahme auf frühere Darlegungen hin auf den Zusammenhang der Kriegsschuldlüge mit den „dem deutschen Volke auferlegten schweren politischen und wirtschaftlichen Verlusten und ungeheuerlichen Reparationsleistungen", „die vernichtenden Wirkungen dieser seelisch und materiell untragbaren Belastung" und die Gefahren dieses Zustandes für den Bestand der christlichen Kultur über Deutschlands Grenzen hinaus. Dem Schritt des Präsidenten der Vereinigten Saaten zugunsten eines Schuldenfreijahres zollen mit dem deutschen Volke auch die deutschen Kirchen Dank. „Aber es ist klar, daß eine wirkliche Befriedung der Welt nur erreicht werden kann, wenn die durch das Feierjahr gewährte Atempause benutzt wird, in den Beziehungen der Völker den Geist der Wahrheit, Gerechtigkeit und christlichen Brüderlichkeit zum Siege zu führen". Unter Hinweis auf die katastrophale Lage Deutschlands und seiner evangelischen Kirchen und Liebeswerke und auf die Not des bevorstehenden Winters bittet Dr. Kapler die im Oekumenischen Rat vertretenen Kirchen, vor den Kirchen und den Staatsmännern der Welt ihre Stimme dafür zu erheben.

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Männer.**

Donnerstag 8 Uhr: **Jungvolk** in Gosen: „Geschichte der Bethelmission.

Freitag keine Bibelstunde. Teilnahme an den Vorträgen (Freitag und Samstag 8¼ Uhr) des Blaukreuzsekretärs Rau.

— 8¼ Uhr Vorstandssitzung in „Ephrata".

— **Christlicher Verein junger Mädchen.**

Donnerstag abend: Lautenchor und Singekreis im Vereinssaal.

Blaues Kreuz, Bethel.

Am Freitag, dem 18., und Sonnabend, dem 19. d. M., kommt Herr Bundessekretär Rau aus Barmen zu uns. An beiden Tagen finden abends 8¼ Uhr in Gosen Versammlungen durch Herrn Bundessekretär Rau statt. Hierzu ist jedermann herzlichst eingeladen.

Die Blaukreuzstunde am Donnerstag, den 17., fällt aus.

Mit freundlichem Gruß **Blaukreuz-Verein, Bethel.**

— Handtasche mit Inhalt (Portemonnaie) am Sonnabend abend zwischen Brandsbusch und Freudental verloren. Abzugeben im Pförtnerhaus.

— **Kartoffelbestellung.** Private, welche ihren Kartoffelbedarf für den Winter durch das Fuhrgeschäft eindecken wollen, müssen diese bis zum **1. Oktober** im Fuhrgeschäft bestellen.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel

Staatlich anerkannte
Frauen- und Haushaltungsschule
verbunden mit christlicher Kinderpflegerinnenschule
von Hedwig Reye, Wernigerode am Harz.
Vorschule für Berufsausbildung. Hausfrauenausbildung. Kurse für Abiturientinnen. — Töchterheim. — Erholung.

Zum
Anlegen von Leimgürteln
an den Bäumen gegen den Frostspanner **ist es jetzt Zeit.** Material hierzu bietet an die
Gärtnerei der Anstalt Bethel bei Bielefeld
Ebenso **Blumenzwiebeln** und **Erdbeerpflanzen** in bester Güte und Sorten.
Preisliste gern auf Wunsch.

Liebhaber-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines
Bienen-Blüten-garant. Honigs
Dose 9 Pfd. netto 10.40 RM, vorwiegend Klee-Lindenblüte 12.20 RM, halbe Dose 5.90 RM und 6.90 RM, 1½ Pfd. netto 1.90 RM und 2.10 RM frei Haus. Nachn. 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.
Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.
Dieser Honig ist auch in Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Vorzüglichen
Erholungsaufenthalt
bietet das im Weserbergland gelegene **Erholungsheim im Solling bei Dassel.** Sehr schöne Höhenlage, inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder. Licht-, Luft- und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Ermäßigte Preise. Prospekte kostenlos. Anfr. an Friedr. Gramm.

Soeben erscheint die dritte Auflage:
Kommt Kinder,
wir wollen Andacht halten!
Von Pfarrer **Richard Schulze.**
Die „Christliche Kinderpflege" urteilt:
Das sind Kinderandachten, wie sie sein sollen und wie sie schöner nicht sein können.
Verf. verfügt über eine ganz seltene Meisterschaft, über die tiefsten Fragen mit Kindern frisch, fesselnd und unvergeßlich zu reden. Für Kirche, Schule u. Haus steht uns nichts gleich wertvolles zu Gebot. Gebunden Mk. 3.25
Verlag L. Ungelenk-Dresden A 27

Bethel bei Bielefeld.
Die staatl. anerk. Haushaltungsschule
Eckardtshaus der Westf. Diakonissenanstalt Sarepta
bietet in ihrem Internat Töchtern christl. Familien Ausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Gründliche hauswirtschaftliche Durchbildung ermöglicht Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildung, Lebensschulung sind Ziele der Schule. Aufn. im April und Oktober. Prospekt durch d. Leitung d. Schule.

Günstig gelegene **Gemüsegärtnerei** sucht Fachmann als
Teilhaber
Anfragen unter A 1887 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Kur-Anstalt Erholungsheim
vegetarisch und Rohkost **Ebert**
Benneckenstein-Hochharz
unweit Braunlage
Pastor Feikekuren. Prosp. frei!

In Akademikerhaus zuverlässige, christliche
Dame
gesucht. Zur Beaufsichtigung der Schularbeiten und Mithilfe im Haushalt. Latein erwünscht, aber nicht Bedingung. Ausführliche Angebote mit Bild und Zeugnissen unter A. 1888 an die Geschäftsstelle des Aufwärts.

Eisen-Betten Metall- u. Holz- Schlafzim. Stahlmatr. Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden. Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)